

Angst vor der eigenen Courage, Herr Minister?

Natürlich hat der Staat, also wir Bürger, Einfluss auf die Entwicklung unserer Ökonomie. Auch unserer Nationalen Ökonomie.

Der letzte Beweis ist wahrscheinlich die Rettung von Fortis und Dexia. Alles wunderbar!

Hierbei ging es darum ein (Finanz)System vor dem kompletten Zusammenfall zu retten. Dieses zu grossen Teilen ausgediente System musste deshalb kurzfristig gerettet werden weil es nicht nur nationalstaatlich organisierend wirkt, sondern auch Europaweit und auch Weltweit. Deshalb waren also unsere politisch Verantwortlichen dazu "gezwungen" dementsprechend zu reagieren.

So weit, so gut? Oder auch nicht!

Wie kann denn nationalstaatliche Politik überhaupt noch Einfluss auf die ökonomische Entwicklung unseres Landes nehmen?

Sie kann es! Sie kann es zum Beispiel indem sie gewichtige Instrumente dazu nutzt staatliche Investitionen so einzusetzen damit eine postindustrielle Gesellschaft des einundzwanzigsten Jahrhunderts Konturen annehmen kann.

Ein vorzügliches Instrument welches dem Staat zur Verfügung steht sind die Öffentlichen Ausschreibungen!

Öffentliche Ausschreibungen sind mit unser aller Geld getätigte Investitionen des Staates in Institutionen, Infrastrukturen und andere Produkte oder Dienstleistungen die zum Gemeinwohl der Bevölkerung beitragen sollen. Punkt!

Nun hat ein Investor, also auch der Staat, in der Regel die Wahl seine Gelder so einzusetzen dass er entweder dem Gemeinwohl dient oder aber eigene Interessen verfolgt. Private Investoren tun vornehmlich Letzteres, das ist verständlich.

Der Staat hat natürlich andere Aufgaben. Die Aufgabe lautet: wie setze ich meine Investitionen ein damit ich der gesamten Gesellschaft am besten dienen kann.

Wohlgemerkt, wir sprechen hier nicht von einer Verteilung von Produktionsüberschüssen der Privatwirtschaft oder auch von Konsumüberschüssen der Privathaushalte, welche beide in Form von Steuern in die Staatskassen geschwemmt werden. Diese Art der Wertschöpfung findet sowieso erst nach Investitionen statt!

Wir sprechen von Investitionen in zukunftsfähige, dem Allgemeinwohl dienende Bereiche, und deren gibt es viele.

Sie werden zusammenfassend unter dem Begriff "Nachhaltige Entwicklung" geführt. Neuestes Beispiel gefällig: das Modewort "Greenjobs".

Die Plattform zum Handeln ist im Prinzip da. Ob das nun internationale Abkommen sind wie das Kyotoprotokoll oder das politische Europäische Bekenntnis zum Eintritt in die Wissensgesellschaft und zu sozialer Kohesion (Lissabonstrategie). Dies alles und noch viel mehr, dürfte den Investorengeist unserer Regierung doch beflügeln.

Und dennoch, nix passiert wirklich.

Dies wollen wir an dieser Stelle an einem bescheidenen Beispiel aufzeigen.

Vor drei Jahren erklärte sich der Minister für Öffentliche Bauten bereit Ausschreibungen für die Instandhaltung der Autobahnen solchermassen auszuschreiben, dass "nachhaltige Aspekte" konkreter Inhalt werden. Das heisst, dass ausser dem Preis auch ökologische sowie soziale Aspekte berücksichtigt wurden um die Vergabe der Aufträge zu argumentieren.

Dies alles im Rahmen der Vorgaben der Europäischen Direktiven für Öffentliche Ausschreibungen. Dies war glasklar.

Nun wurden diese Vorlagen im Ministerium von Juristen solchermassen zerpfückt, dass wohl noch argumentierbare soziale und ökologische Aspekte in der Ausschreibung zurückbehalten wurden, aber auf eine solche Weise reduziert und umgestaltet wurden dass sie unausweichlich zu Problemen hinsichtlich unlauterem Wettbewerb führen mussten.

Anders gesagt. Anstatt dass die drei Aspekte: Preis, Ökologie und Soziales im Sinne Nachhaltiger Entwicklung wie von der Europäischen Gesetzgebung (offre économiquement la plus avantageuse) vorgegeben, gleichberechtigt behandelt würden, war auf einmal nur wieder der Preis allein ausschlaggebend.

Kontraproduktiver konnten die vor drei Jahren damit befassten juristischen Beamte dem Minister nicht zuarbeiten.

Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser am Anfang gut aufgebauten Initiative.

Da der Preis allein ausschlaggebend ist werden durch arbeitsmarktpolitische Instrumente Vereinigungen (asbl) ohne Wenn und Aber finanziell bevorteilt. Zu dieser Einsicht kam auch das Verwaltungsgericht das mit diesen Ausschreibungen durch Kläger befasst wurde die, man höre und staune, aus dem Bereich der Sozialwirtschaft kommen.

Das Urteil besagt dass Vereinigungen sich wohl an Ausschreibungen beteiligen dürfen, wie das auch in anderen EU-Ländern Gang und Gäbe ist, aber diese Arbeiten hierzulande nicht ausführen darf da eine Verfälschung der Konkurrenz durch den Preis gegeben ist.

Der Minister hat jetzt die Möglichkeit neue Ausschreibungen vorzusehen. Einerseits kann er diese ohne jegliche Elemente Nachhaltiger Entwicklung vorlegen und dann zählt nur der Preis und andere Anbieter als aus der Privatwirtschaft werden wegen des finanziellen unlauteren Wettbewerbs sowieso keine Chance haben, oder er sieht ein dass seine ihn beratenden Beamte nicht auf der Höhe der gestellten Aufgabe sind und gestaltet die Ausschreibung so wie Anfangs vorgesehen und Betriebe der Solidarwirtschaft sowie der Privatwirtschaft können ohne Probleme daran teilnehmen.

Anders gesagt, der Minister hat jetzt mit diesem bescheidenen Beispiel die Möglichkeit sich für ein zukunftsorientiertes Modell zu entscheiden oder aber sich in einer zögerlichen und mutlosen Haltung zu ergehen die ihn früher oder später über andere Wege (siehe Europäische Direktive) einholen wird.